

Editorial #3, Über Carabineros, Semantik und Menschenrechte

Sofía Lanyon, presidenta de Amnistía Internacional Chile 25.2.2021

Übersetzt von der Amnesty KoGruppe Chile

Die Ereignisse der letzten Wochen waren aufschlussreich für das Verhältnis, das zwischen Diskurs, Menschenrechten und den Carabineros bestehen kann. Zunächst musste Innenminister Rodrigo Delgado die Kontroverse zwischen der Ministerin für soziale Entwicklung, Karla Rubilar, und dem Oberkommando der Carabineros schlichten, in der es um den Begriff ging, den erstere für die notwendige Strukturreform der militärischen Institution verwendete. Und zweitens gaben die Behörden - durch den Generalsekretär der Regierung Jaime Bellolio und Unterstaatssekretär Juan Galli - Anzeichen für eine vermeintliche Änderung der Handlungen der Institution im Umgang mit den Demonstrationen auf der Plaza Dignidad, die sie im Übrigen grundlos als "Verbrechen" bezeichnen. Minister Bellolio weist sogar darauf hin, dass der Name der Sondereinsatzgruppe geändert wurde und dass dies nicht nur eine semantische Änderung sei. Offensichtlich nicht, denn beide Fälle zeigen die Bedeutung, den die Menschenrechte in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Regierung einnehmen.

Das Unbehagen des Oberkommandos der Carabineros angesichts der Äußerungen von Ministerin Rubilar ließ nicht lange auf sich warten und sie reichten sofort eine Beschwerde beim Innenminister ein, weil der Begriff "Neugründung" für die geforderte strukturelle Veränderung der Institution verwendet wurde. Die Ministerin hätte den Carabineros Unbehagen bereitet, da sie die Reformarbeit, die in den letzten zwei Jahren in der Institution umgesetzt wurde, ignoriert und nicht nachgefragt hätte, worin die Initiative bestand. Außerdem würden die Aussagen aus einem Portfolio stammen, das nicht mit der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zusammenhängt. "Der Begriff ist 'Reform'", musste Minister Delgado erklären, um die Kontroverse beizulegen, und die Ministerin stand ohne Unterstützung aus der Moneda da, obwohl ihre Aussagen im Kontext der Panguipulli-Tragödie¹ formuliert wurden.

Spielt die Semantik in diesem Fall eine Rolle? Für Amnesty International ist es entscheidend, dass die Veränderung der Carabineros grundlegenden Standards entspricht, um eine neue Polizei zu haben, die die Menschenrechte uneingeschränkt respektiert, sich der zivilen Macht unterordnet und rechenschaftspflichtig ist, basierend auf einem System der Überprüfung, Überwachung und Bewertung, das sowohl die institutionelle politische Ebene als auch die Bürgerschaft berücksichtigt.

Ein weiteres semantisches Beispiel für diese Wochen ist die Umbenennung der Spezialeinheit in "Kontrolle der öffentlichen Ordnung", auf die Minister Bellolio in einer Fernsehsendung anspielte, um die Veränderungen in den Protokollen zu verdeutlichen, mit denen die Carabineros an eine öffentliche Demonstration herangehen, wobei er sich auf die sozialen Proteste bezog, die jeden Freitag auf der Plaza Dignidad stattfinden. Die Idee, so scheint es, wäre, die Aktionen zu rechtfertigen, die die Carabineros jedes Wochenende einsetzen, um

¹ siehe Editorial #2, Anmerkung der Übersetzer

diejenigen zu unterdrücken, die meist friedlich demonstrieren, und die in der Regel mit verletzten und / oder verhafteten Personen enden, wodurch die Liste der Personen sich verlängert, die derzeit aufgrund ihrer Teilnahme an sozialen Protesten ihrer Freiheit beraubt sind.

Speziell zu diesem letzten Punkt haben Minister Bellolio und Staatssekretär Galli die Position der Regierung zu diesen Ereignissen dargelegt, indem sie darauf hinwiesen, dass es sich um "Delinquenz" - und nicht um Proteste - handelt. Ihnen fehlt die Rechtfertigung für die Anwesenheit von Menschen im öffentlichen Raum, die dort die Regierung auf friedliche Weise in Frage stellen. Die Überlegungen der Behörden basiert weiterhin auf der Gleichsetzung von Protest mit kriminellen Handlungen. Würden beispielsweise die Protestierenden anprangern, dass präventiv verhängter zeitlich befristeter Freiheitsentzug nach den geltenden Vorschriften zu lang ist, wäre es für die Behörden ein Akt des Vandalismus.

Für Galli setzt die Gültigkeit einer Demonstration voraus, dass sie von einer bedeutenden Anzahl von Bürgern geteilt wird - die Interessen der Minderheit spielen keine Rolle -, und sie machen Verallgemeinerungen, die sie als antidemokratische Handlungen qualifizieren, ohne zu bedenken, dass es Fälle geben könnte, in denen Prinzipien des rechtsstaatlichen Verfahrens verletzt werden.

Es ist klar, dass, wenn es zu Gewalttaten kommt, die Täter verhaftet werden müssen und jede dieser Ursachen untersucht werden muss; aber Vorsicht, nicht alle Menschen, die freitags zur Plaza Dignidad gehen, begehen Gewalttaten. Es gibt z.B. Familien von Opfern, die jeden Freitag hingehen, um Gerechtigkeit zu fordern, weil sie glauben, dass ihre Rechte und/oder die ihrer Angehörigen verletzt worden sind.

Um einen Rechtsstaat zu führen, ist es von entscheidender Bedeutung, sich darüber im Klaren zu sein, dass ein Protest nicht gewalttätig wird, weil einige Menschen Gewalttaten begehen. **Das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit muss geschützt werden, auch wenn die Regierung und ihre Institutionen mit dem, was gefordert wird, nicht einverstanden sind. Diese Tatsache muss sich in dem Diskurs widerspiegeln, den die Behörde vorgibt, und mit ihren Handlungen übereinstimmen, um zu vermeiden, dass sie bestimmt, wann ein soziales Anliegen legitim ist oder nicht. Die Aufgabe der Regierung ist es, ein Garant von Rechten zu sein; sie in Frage zu stellen, ist nicht Teil ihrer Arbeit.**